schlagloch

www.jungdemokratinnen.de

1H9458F | Ausgabe Frühjahr 2001

radikaldemokratische zeitung der jungdemokratInnen-junge linke nrw

Tag X - Castor-Alarm in Ahaus und Gorleben im März 2001

Anfang März 2001 sollen nach über zwei Jahren Transportstopp wieder Castortransporte rollen - wenn es nach dem Willen der rot-grünen Bundesregierung geht. Der erste Transport seit 1998 soll Anfang März ins westfälische Ahaus gehen. Danach geht es Schlag auf Schlag: Für den Zeitraum vom 26. - 29. März wird mit einem weiteren Transport aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage (WAA) La Hague nach Gorleben gerechnet.

Widerstand im Doppelpack! Dem Atomstaat die Zähne zeigen !

Der erste "rot-grüne" Castortransport beendet den langen Zeitraum, in dem wegen radioaktiver Verstrahlungen keine Transporte rollen durften. Zur Erinnerung: Kurz nach dem heftig umkämpften letzten Ahaus-Transport im März 1998 hatte die damalige Umweltministerin Angela Merkel wegen Kontaminationen an zahlreichen Atommüllbehältern einen Transportstopp verhängt. Dieser wird jetzt von einem grünen Umweltminister aufgehoben, der erste Transport von einer rot-grünen Landesregierung mit vorbereitet und soll wie schon 1998 von dem grünen Münsteraner Polizeipräsidenten und über 20.000 Beamten gegen den Willen der Bevölkerung durchgeprügelt werden.

Der Zeitpunkt des Transportes steht fest: Für die erste und zweite Märzwoche gilt in Ahaus und an der Transportstrecke vom baden-würtenbergischen AKW Neckarwestheim an, dem Ausgangsort der nuklearen Fracht, Castoralarm ! Für die gesamte nordrhein-westfälische Polizei verhängte NRW-Innenminister Behrens für den Zeitraum vom 01. bis zum 12. März eine Urlaubssperre. Der Transport wird wieder zahlreiche Bahnhöfe in NRW durchfahren (der 98er Castor fuhr u.a. durch Hamm und Soest, aber auch eine Route durchs Ruhrgebiet ist denkbar).

Mit der Wiederaufnahme der Atommüll-Transporte tritt die Auseinandersetzung um die Zukunft der Atomenergienutzung in der Bundesrepublik in ihre entscheidene Phase. Nur, wenn ihr eine weitgehende Befriedung des Widerstandes gelingt, kann die rot-güne Bundesregierung ihr mit dem sog. Atomkonsens verbundenes Versprechung eines störungsfreien zwanzigjährigen Restlaufbetriebes für die AKW gegenüber der Atomindustrie auch einhalten. Gelingt der Anti-Atom-Bewegung eine erfolgreiche Mobilisierung, dann sind die zahlreichen, in nächster Zeit dringend notwendigen, Transporte nicht realisierbar und es besteht zum ersten mal die reale Aussicht, laufende Atomkraftwerke vom Netz zu blockieren!
Die Frage lautet also: Stillegung der Anti-Atom-Bewegung durch Rot-Grün oder sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!
Zum ersten Mal haben wir es in der Hand, über die Zukunft der Atomkraft wirklich zu entscheiden. Die Intensität des Widerstands gegen die geplanten Castortransporte hat eine unmittelbare Auswirkung auf die Durchsetzbarkeit weiterer Atom-Transporte und kann damit AKW-Betreiber und Bundesregierung in die Entsorgungsfalle treiben: Finden keine weiteren Transporte statt, stehen viele AKW kurz vor dem "Erstickungstod", weil abgebrannte Brennelemente nicht "entsorgt" und gegen neue ausgetauscht werden können - mit der Folge, dass die AKW vom Netz genommen werden müssen.

Für die Anti-Atom-Bewegung bedeutet das den Beginn einer massiven Mobilisierung für den Tag X in Ahaus und für Ende März in Gorleben. Der erste Castortransport unter Rot-Grün wird zum Symbol für die Auseinandersetzung um die Atomenergie, in der sich die Bundesregierung mit dem sog. "Atomkonsens" auf die Seite der Atomindustrie gestellt hat. Der nächste Castor soll so massiv wie möglich blockiert werden - dazu werden sich X-tausende an Sitzblockaden und anderen Aktionen beteiligen.
Die heiße Phase des Widerstands beginnt bereits im Februar mit einem "Anti-Atom-Aktions-wochenende" am 17. + 18. Februar in Ahaus und Gronau. Am Samstag, 17. Februar findet ab 14 Uhr in Gronau (Münsterland) ein Aktionstag gegen die dortige Uran-Anreicherungsanlage (UAA), statt. Unter dem Motto "Mit Fantasie + Witz - UAA stilllegen" sollen zahlreiche, bunte und direkte Aktionen stattfinden.
Am Sonntag, den 18. Februar findet dann im Rahmen der tradionellen Sonntagsspaziergänge in Ahaus, eine bundesweite Auftaktdemonstration "Wir stellen uns quer" gegen die geplanten Castortransporte statt. Treffpunkt ist um 14 Uhr am Rathaus in Ahaus. Wer am Aktionswochenende in Ahaus und Gronau teilnehmen will, kann unter der Telefonnummer 02561/68113 Schlafplätze ergattern.

Im Anschluss an den Tag X in Ahaus sollen die Proteste gegen die Atomenergie in Gronau an der UAA fortgesetzt werden. Dadurch soll erstmals die ganze Bandbreite der Gefahren der Atomenergienutzung und Widerstandspunkte verdeutlicht werden. Schließlich steht die UAA in Gronau wie kaum eine andere Atomanlage in Deutschland für den Beginn der radioaktiven Kette und damit für: Uranabbau in Trikontstaaten, die Option der militärischen Nutzung der Atomkraft und den Beginn des radioaktiven Müllbergs.

Wer es am Tag X nicht rechtzeitig nach Ahaus schafft kann sich auch "daheim" am Widerstand beteiligen: Für 18 Uhr ruft das Anti-Atom-Plenum Ruhrgebiet am Tag X zur Ruhrgebietsaktion "Unsere Polizei bleibt hier !" am Essener Hauptbahnhof auf. Eine Aktion die Schule machen kann...

Widerstand in Ahaus und überall - machen wir dem Atom-Staat den Gar aus ! Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen !

Infos zum Tag-X gibt es im internet unter www.akw-nee.de (Dort könnt ihr euch auch die Tag-X-Alarmlisten eintragen) und www.bi-ahaus.de ; Infotelefon: 0208/4445633 (für Fahrgemeinschaften + weiteres)

florian.becker

Kommentar zur derzeitigen Einwanderungsdebatte und "Leitkultur":

Deutsche Leitkultur:

Türken! Esst mehr Sauerbraten!

Wer aus der Opposition in die Offensive kommen möchte, hat es nicht leicht. Insbesondere, wenn er bzw. sie zum Programm der Regierung keine wirkliche Alternative zu bieten hat: die erste Bundestagsdebatte zum Haushalt 2001 bot nicht viel, Aufsehen erregend war lediglich die emotionale Zurückweisung des Vorwurfs, die SPD sei eine vaterlandslose Partei, durch Gerhard Schröder.
Vielleicht hat Friedrich Merz das schon ein paar Wochen vorher gewusst, als er den Begriff der deutschen "Leitkultur" in die öffentliche Debatte brachte. Zur Definition führte seine Kollegin Vorsitzende Angela Merkel drei Punkte ein: Kultur der Toleranz und des Miteinanders, die Verfassungswerte und - man möchte es kaum glauben - Weltoffenheit. Alles Dinge, die in Rostock, Solingen, Hoyerswerda, Düsseldorf und anderswo gepflegt werden wie nichts zweites. Und war es nicht die CDU, die im Namen der deutschen Leitkultur am lautesten aufschrie, wenn es zu rechtsextremen Anschlägen kam? War sie nicht? - Oh.
Zur näheren Definition befand Merz letztlich noch, es verstoße gegen die Leitkultur, wenn Lehrerinnen islamischen Glaubens aus religiösen Gründen in der Schule ein Kopftuch tragen. So funktioniert tolerantes Christentum, anscheinend auch Element der Leitkultur: alle dürfen glauben was sie wollen, nur zeigen dürfen sie es nicht alle.
Währenddessen wird es in der Einwanderungsdebatte unübersichtlich. Einzig verlässliche Größe ist die - ebenfalls der Leitkultur verpflichtete - CSU: Asylrecht abschaffen, Einwanderungsgesetz verhindern. Die CDU ist in der Frage zerstritten, das rechte Lager tendiert zur Position der CSU, das so genannte linke zum Erhalt des Asylrechts und zur "rationalen" Debatte über ein Einwanderungsgesetz. Die SPD erweist sich mal wieder als die bessere Modernisierungspartei und will ebenfalls ein Einwanderungsgesetz, ebenso wie FDP, Grüne und PDS (dazu unten mehr). Und das Kapital, im Sommer Verteidigerin der Greencard und der Regierunspolitik, will das Einwanderungsgesetz sowieso - aber das Asylrecht abschaffen (so ex-BDI-Präsident Henkel). Worauf beide Debatten - die um Leitkultur und die um ein Einwanderungsgesetz - hinauslaufen, ist ein Einwanderungsgesetz, dass beides bedient: den deutschen Pöbel und die Interessen des Kapitals. Menschen, die hierhin kommen in der Hoffnung auf ein besseres Leben, müssen zunächst ökonomischen Interessen dienen: sie müssen verwertbar sein, ob als IT-SpezialistIn oder als Küchenhilfe. Und dann müssen sie noch eine Überprüfung überstehen, die manche deutsche Beamte ihren Job kosten würde: deutsch sprechen, deutsch denken und verfassungs- und gesetzestreu sein.
Beides wollen auch Teile der PDS inzwischen bedienen: so veröffentlichte Petra Pau, stellv. Vorsitzende der PDS, Ende November sechs "Thesen" zur Einwanderungspolitik. In These 3 begegnet man dem Einwanderungskriterium, jedeR solle einwandern dürfen, der oder die für ein halbes Jahr Beschäftigung nachweisen kann. Einmal beiseite gelassen, dass dies evtl. ein Teil der Anbiederungsstrategie an die SPD sein könnte, bedient es auch die WählerInnen von Gregor Gysi, die mit ihrer Zweitstimme DVU gewählt haben. Und auch wenn dort noch andere Forderungen, wie rechtliche Gleichstellung von "AusländerInnen" und Ausbau des individuellen Rechts auf Asyl erwähnt sind: jedes Aufstellen von Kriterien für Einwanderung ist eine Abkehr von der Position "Offene Grenzen für alle!".
Aber egal, wie sehr sich Linke auch abstrampeln, einem Einwanderungsgesetz eine positive Seite abzugewinnen: jedes Einwanderungsgesetz ist, nein muß, rassistisch sein und ökonomische Kriterien enthalten. Denn das ist der Sinn und Zweck eines Einwanderungsgesetzes: festzuschreiben wie viel und nach welche Kriterien Menschen einwandern dürfen.

dirk.burczyk

Den Jackpot für alle!

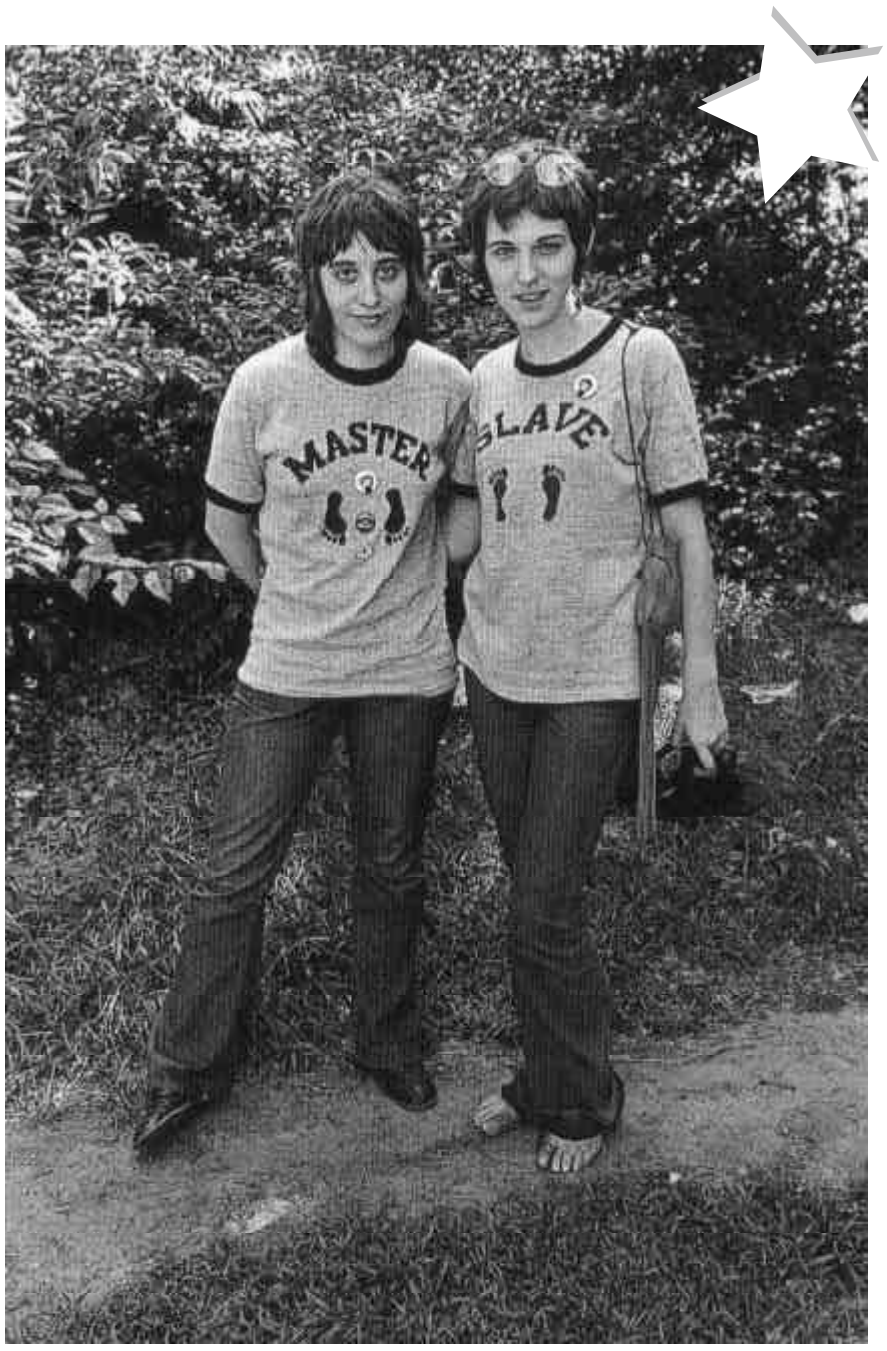
An der Institution Schule gibt es einiges zu kritisieren

Es darf niemand selber entscheiden, ob er/sie da hingehen will, es gibt keine großen Einflussmöglichkeiten auf die Inhalte, Noten sind niemals gerecht, und das alles bleibt auch nicht ganz ohne Einfluss auf unser Leben. Das und noch vieles mehr sind Tatsachen, die jedeN immer wieder aufs neue aufregen können, gerade deswegen ist es wichtig sich zu überlegen, warum das alles so ist. Denn wenn wir das nicht wissen, können wir auch keine differenzierte Kritik üben, oder Ansatzpunkte zur gesellschaftsverändernden Praxis finden.

Schule ist eine Institution, die mit dazu beiträgt, dass die Menschen einer Gesellschaft lernen in ihr zu leben und sie "weiterzubringen". Deshalb darf Schule niemals ohne die sie umgebende Welt betrachtet werden, sie ist sowohl Ausdruck als auch Sozialisationsinstanz dieser. Eine Schule, die alle Menschen ausnahmslos fertig macht, wäre im Moment z.B. total ineffektiv, warum also sollte es sie geben? Funktion der Schule ist da gerade eher das System der Auslese: Es geht nicht darum, allen SchülerInnen das beizubringen, was sie interessiert, sondern die "LeistungsträgerInnen" so zu fördern, das sie genau das wissen, was zukünftige ArbeitgeberInnen von ihnen erwarten. Natürlich haben prinzipiell alle die Möglichkeit das zu lernen, aber wer am besten ist, gewinnt den Jackpot, die anderen müssen sich mit dem zufriedengeben, was übrig bleibt. Ein wesentliches Instrument um zu sortieren, wer zu den "Guten" und wer zu den "Schlechten" gehört, sind die Noten. Von ihnen wird behauptet sie seien objektiv und daher als Gradmesser zu akzeptieren. Das sind sie aber ganz sicher nicht: Es sind immer verschiedene Menschen, die sie in verschiedenen Situationen an verschiedene andere Menschen vergeben. Und es wird wohl niemand behaupten, es gebe keine Unterschiede in der Schwierigkeit der Prüfungen, im Anspruch der LehrerInnen, oder dem Vermögen von SchülerInnen mit der Lernsituation in der Schule umzugehen (und ob das eineR zufällig besser oder schlechter kann sagt ja noch nicht über die Intelligenz aus). Abgesehen davon ist das Verhältnis von "guten" und "schlechten" SchülerInnen in einer Klasse auch niemals gleich. Welche Note vergeben wird, ist aber immer abhängig davon, wie gut einE SchülerIn im Vergleich zu anderen in der Klasse ist. Und das unterschiedliche LehrerInnen unterschiedliche Vorlieben haben, von denen sie sich bei der Notenvergabe mit beeinflussen lassen, ist sowieso klar.
Leider haben Noten trotz ihrer Willkürlichkeit einen großen Einfluss darauf, wem nach der Schule welche Möglichkeiten offenstehen. Mit Gerechtigkeit hat das nichts zu tun. Es reicht jetzt aber nicht aus, auf gemeine LehrerInnen zu schimpfen, die nicht auf SchülerInnen eingehen oder sich nicht genügend Gedanken machen. Auch LehrerInnen können sich natürlich nicht mal einfach so überlegen, keine Noten mehr zu vergeben. Es scheint manchmal zwar so, als hätten besonders fiese Exemplare Spaß daran, SchülerInnen fertig zu machen, letzendlich sind aber auch LehrerInnen nicht die Inkarnation des Bösen, sondern in ihrem Handeln Produkte der Gesellschaft
Wer sich also gegen Schule ausspricht, sollte sich auch gegen die existierende Gesellschaft wenden, denn wer nur über gemeine LehrerInnen meckert, kritisiert verkürzt.
Die Schule hat leider aber noch mehr Einfluss auf unser Leben, als uns durch Noten bestimmte Möglichkeiten zu eröffnen oder zu verbauen, durch sie lernen Menschen sich auf eine bestimmte Art zu verhalten. Sie lernen die fremde Verfügungsgewalt anderer über ihre Lebenszeit zu akzeptieren. Sie müssen zur Schule und zwar zu ganz bestimmten Zeiten, dort müssen sie sich beschäftigen mit Dingen, die sie nicht interessieren und wenn sie krank sind, müssen sie sich dafür entschuldigen. Es ist nicht wichtig, ob das Gelernte sinnvoll erscheint, es ist nur wichtig möglichst viel Vorgeschriebenes in möglichst kurzer Zeit möglichst gut zu können. Und die Kontrolle und Bewertung der Arbeit durch andere wird auch selbstverständlich. Alles Dinge, die auch im "Leben" nützlich sind.
Schule in ihrer jetzigen Form, entlarvt als Instrument der Selektion und Produktionsort ordentlicher StaatsbürgerInnen sollte im Interesse des Guten und Schönen wohl besser abgeschafft werden. Aber wir sollten uns keiner Illusion hingeben, auch wenn es die Schule nicht mehr gäbe wären wir nicht plötzlich "frei", denn da gibt es noch viel mehr, was die Individuen determiniert. Schule abschaffen ist eine sinnvolle Forderung, aber sie sollte nicht die einzige und erste sein und sie führt auf sich allein gestellt auch nicht zu einem "freien" Leben.

carola.pohlen

Staat raus...



...aus unseren Betten!

Das ehemals verfolgte Ziel der Homosexuellenbewegung, die gleichen Rechte und gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen, ist richtig und verdient Unterstützung. Die Öffnung der Ehe kann jedoch niemals der richtige Weg sein, die Eingetragene Partnerschaft schon gar nicht. Denn die Öffnung der Ehe bedeutet weiterhin den Ausschluss von Menschen, egal ob hetero- oder homosexuell, die nicht an diesen bürgerlichen Szenarien teilnehmen wollen, aber selbstverständlich auch gerne die gleichen Rechte hätten wie Verheiratete.

Wie kann also ein Gesetz, welches nur einer bestimmten Gruppe von Menschen offen steht, andere jedoch weiterhin ausgrenzt, als emanzipatorisch angesehen werden?

Die Eingetragene Partnerschaft ermöglicht Lesben und Schwulen, Eheprivilegien in abgeschwächter Form wahrzunehmen. Sie haben z.B. im Erbrecht oder im Krankheitsfall gleiche Rechte wie Verheiratete. Bei der Adoption von Kindern allerdings gesteht ihnen der Entwurf keinerlei Rechte zu. Andere Lebensformen werden ausgeschlossen. Menschen, die sich nicht eintragen lassen oder heiraten wollen, oder Menschen, die mit mehreren zusammenleben, haben wieder einmal Pech gehabt.

Der Kampf um gleiche Rechte und Abschaffung aller Privilegien, die Eheleute genießen, steht nach der Verabschiedung des Gesetzes neuen Schwierigkeiten gegenüber. Alle, die wie JungdemokratInnen/Junge Linke weiterhin eine emanzipatorische Lebensform einfordern, werden es nach der Einführung der Eingetragenen Partnerschaft noch schwerer haben, politische Verbündete zu finden.

maria.venhoff

infos zum Thema:

www.whk.org/neinwort
www.gigi.de

Diskriminierung & Schikane

Weg mit dem „Asylbewerber-Shop“ in Ahaus!

Die folgende Reportage ist Ergebnis einer Radioreportage, die der Journalist Albrecht Kieser in Zusammenarbeit mit der UWG-Jugend Ahaus durchgeführt hat. Der Text ist lediglich redaktionell bearbeitet und in eine Zeitungsreportage umgeschrieben worden. (die Redaktion***)***

Kurzweilig ist ein Besuch der schmucken Einkaufsstraßen von Ahaus. Rote Backsteinhäuser, Läden für jeden Geschmack und jeden Geldbeutel, alles nahe beieinander. Ahaus glänzt in Warenfülle, ein kleines, aber auch ein reiches Städtchen. Doch nicht alle, die in Ahaus wohnen, dürfen auch in Ahaus einkaufen. Am Rande der City, am Beckers Bring, steht eine unscheinbare Halle, die im Inneren die Waren bereithält, die Ahaus seinen AsylbewerberInnen zugedenkt. Der "Asylbewerber-Shop" erinnert an die untergegangenen HO-Läden aus DDR-Zeiten und ist doch exklusiv. Einkaufen - wenn man das so nennen soll - einkaufen dürfen dort nur AsylbewerberInnen. Pro Familie eine(r) und "Kinder haben keinen Zutritt", belehren kleine Zettel, die mit Tesafilm an die sonst schmucklose Wand des kahlen, etwa 100 Quadratmeter großen Raumes geklebt sind.
318 Zugangsberechtigte und ihr monatliches Kaufverhalten hat die Geschäftsführerin in ihrem Computer, Familien zumeist, aber auch Alleinstehende. Für sie hat die Stadt Ahaus den "Asylbewerber-Shop" eingerichtet. Ahaus zahlt den AsylbewerberInnen die ihnen zustehende Sozialhilfe nicht als Bargeld. Sie müssen sich über den städtischen Laden versorgen, mit dem, was die Stadt als Versorgung für hinreichend hält. Aus vier Sammelunterkünften in Ahaus und den eingemeindeten Dörfern der Umgebung reisen die Flüchtlinge in ihre Sondereinkaufszentrale - entweder auf eigene Kosten oder ein- bis zweimal die Woche mit einem stadteigenen Bulli. Mit dem Shop-System und der Verweigerung von Bargeld oder von Waren-Gutscheinen hat die Stadt die AsylbewerberInnen faktisch vom Einkauf bei allen anderen Geschäften der Stadt ausgeschlossen. Das Asylbewerberleistungsgesetz gibt der Stadt dazu die Möglichkeit; dies Gesetz hat außerdem die Höhe der Leistungen auf 70% unter den für Deutsche und anerkannte Ausländer gültigen Satz gedrückt. Regelungen, die noch beschlossen wurden von der Kohl-Regierung, die aber rot-grün umstandslos weitergelten lässt.
Zahlreiche AsylbewerberInnen haben den Shop schon zum zweiten Mal boykottiert und den Eingang für mehrere Tage blockiert. Die Lebensmittel seien zu teuer, das Verfallsdatum häufig abgelaufen, Waren seien sogar verschimmelt gewesen - so die Vorwürfe.

Die UWG-Jugend Ahaus gehört - wie der katholische Weihbischof, die örtliche SPD oder der Initiativkreis "Hilfe für Asylbewerber" zu den KritikerInnen des Shop-Systems: Mit dem Shop-System geht natürlich auch einher, dass ihnen bewusst wird, dass sie da als Außenseiter dastehen, dass sie in extra Läden kaufen müssen, dass sie nicht in die deutschen Läden dürfen im Prinzip - oder nicht die Möglichkeit haben, ihr Geld da auszugeben, weil sie keins haben - das hat schon Apartheids-Charakter.

Die UWG, die Unabhängige Wählergemeinschaft, die mit 15% im Rat der Stadt vertreten ist, hat erfolglos beantragt, den Sonderladen zu schließen. Dem "Asylbewerber-Shop" hafte etwas von staatlichem Rassismus an, kritisiert Ulf Kemper, Ratsmitglied der UWG-Fraktion, und die Flüchtlinge würden unter dieser zusätzlichen Stigmatisierung leiden.

Die Stadt beruft sich derweil auf "Recht und Gesetz": Sozialdezernent Herrmann Kühlkamp rechtfertigt: "Das Gesetz schreibt die Sachleistungen vor. Das Prüfungsamt des Kreises Borken hat noch kürzlich in Rahmen einer Prüfung hier deutlich gemacht, dass das genau dem Gesetz entspricht."

Solcherart geprüfte Genauigkeit hat natürlich ihren Preis. Und da bringt auch nicht vom rechten Wege ab, dass die Mehrheit der Städte in NRW den Asylbewerbern die knappe Sozialhilfe als Bargeld auszahlen. Wobei nicht verschwiegen werden soll, dass einige wenige Städte ihre Asylbewerber sogar mit wöchentlich zwei oder drei Lebensmittelpaketen abspeisen, eine in den Augen der Betroffenen noch unwürdigere Behandlung. Doch großzügig, wie Bürgermeister Dirk Korte meint, geht es auch bei der Abwicklung des Asylbewerberwarenverteilsystems in Ahaus nicht zu: Wer einer/m

AsylbewerberIn beim Einkauf helfen will, muss sich beim Sozialamt vorher eine Zutrittserlaubnis holen. Wie das mit dem Zugangsrecht für angemeldete "BesucherInnen" im Konkreten aussieht, schildert die wachhabende Geschäftsführerin: "Das kann schon mal sein, dass ich die reinlasse, wenn weniger als fünf drin sind. Aber in der Regel laß ich das nicht zu. Weil: läßte einen rein, mußte die anderen auch reinlassen. Geht einfach nicht."

Auch anderes geht nicht so einfach, denn Planung will gelernt sein und vielleicht ist die auf Marktwirtschaft verpflichtete CDU-Ratsmehrheit in Ahaus da noch nicht ganz fit.
Die Geschäftsführerin erklärt:
"Es ist natürlich auch manchmal ziemlich krass, wie es heute halt war. Aber ansonsten ist das eigentlich ein ganz tolles Arbeiten.. Wenn da die Kunden bisschen verrückt spielen, wenn wir bestellen und das ist nicht schnell genug da - aber das kommt ganz selten vor - und dann meinen die natürlich gleich, hier die Belle machen zu müssen. Aber das ist glaub ich überall, nicht nur hier sondern überall.

Den Kritikern des "Asylbewerber-Shops" geht es nicht um eine Verbesserung der Planung oder um die Verschönerung des grauen Geschäfts. Sie wollen den Laden ganz weghaben, auch nach der neuerlichen Niederlage gegen die CDU-Mehrheit im Stadtrat. Immerhin ist im Ruhrgebiet vor Jahren ein ähnliches Shopsystem komplett gescheitert. Der "Asylbewerber-Shop" erinnere nicht zuletzt an finstere deutsche Zeiten, als schon einmal eine bestimmte Gruppe von Menschen Zutrittsverbot zu den normalen Geschäften hatte und nur in für sie bestimmten Läden einkaufen durfte. Sozialdezernent Hermann Kühlkamp dazu befragt, ist entsetzt : "Also, das muß ich so weit zurückweisen…und auch solche Parallelen halt ich also wirklich …. ja würd ich nicht beantworten wollen, so eine Frage. Ist eine Zumutung für mich, weil … also das Gesetz schreibt mir als Verwaltung vor, Sachleistungen zu gewähren. Das tun wir hier mit größtem Engagement. Und den Vorwurf der Ausgrenzung und die Parallelen zur Geschichte herzustellen, halt ich also für … schon … bedenklich."

Anzeige:

Mit Sicherheit ein gutes Gefühl

Ist „die Frau“ „das Opfer“ „der Gewalt“?

Frauen im Sicherheitsdiskurs

In der letzten Zeit wurde und wird verstärkt eine Sicherheitsdiskussion geführt, womit die massive Präsenz von Bundesgrenzschutz, privaten Sicherheitsdiensten und KontrolleurInnen legitimiert wird. In diesem Zusammenhang wird das Thema Gewalt gegen Frauen angesprochen, das sonst immer unter den Teppich gekehrt wird.

Dieser Artikel liefert keine feste Positionen, möchte aber Fragen aufwerfen, die beim Herangehen an das Thema hilfreich sein können. Allein die Frage, was "Sicherheit" überhaupt sein soll, vor wem oder was man "sich sicher fühlen" soll, ist schon nicht so leicht zu beantworten. Und was ist das Gegenteil von Sicherheit: Machtlosigkeit? Handlungsunfähigkeit? Wehrlosigkeit? Risiko?

Zum Beispiel: Strafrechtsverschärfung und Kinderschänder

Kaum wird ein (deutsches) Kind vergewaltigt und umgebracht, ist im Fernsehen von nichts anderem mehr die Rede. Sexuelle Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigung in der Ehe oder die Tatsache, dass sexuelle Ausbeutung kein Grund für ein Recht auf Asyl ist, werden in der Regel nicht mit soviel Aufmerksamkeit zu Kenntnis genommen. Den Spagat zwischen öffentlicher Empörung über die Täter und die Kürzung der Mittel für Frauen- und Mädchenhäuser scheint zunächst ein Widerspruch - aber wenn sexuelle Gewalt gegen Frauen erst einmal als Einzelfall dargestellt werden kann, gibt es keinen Grund, dass man die Vorfälle der ganz normalen MitbewohnerInnen im eigenen Dorf thematisiert. Einzelne Täter kanalisieren die Betroffenheit, dann herrscht wieder Ruhe. Diejenigen, die mahnen, dass für Frauen sexuelle Belästigung alltäglich ist, Kindesmissbrauch öfter von Verwandten in der Wohnung als von fremden Männern im Park ausgeübt wird, werden überhört. Feststellen lässt sich hier, dass Ängste von Frauen für repressive Politik instrumentalisiert werden. Zur Sicherheit von Frauen und Kindern werden von allen Männern in einem Kreis / der Stadt mehr oder weniger freiwillige Speicheltests genommen. Wer nicht will, dass seine Gene in einer Kartei abgespeichert werden, gerät unter Verdacht. Die Tendenz, dass nicht mehr dem/der Angeklagten die Schuld bewiesen werden muss, sondern der/die Angeklagte seine/ihre Unschuld zu beweisen hat, zeigt sich auch hier. Im Zuge dieser "Einzelfälle" wird über eine Verschärfung des Strafrechts für Vergewaltigung nachgedacht. Dass es einer Frau etwas bringt, wenn der Täter nun fünf statt drei Jahre im Gefängnis sitzt (von der Frage, ob Gefängnisse überhaupt sinnvoll sind einmal abgesehen), wage ich zu bezweifeln.

2. Beispiel: Angst-Konstruktionen in U-Bahnstationen

Während des Entscheidungsprozesses, ob in Essen eine Straßenbahnstrecke in eine U-Bahn verwandelt werden sollte, haben sich grüne StadtpolitikerInnen u.a. mit dem Argument, dass Frauen sich in U-Bahn Haltestellen unwohl fühlten dagegen ausgesprochen. U-Bahnstationen werden als gefährliche Orte eingeschätzt und zum Bedrohungsszenario - dabei sind U-Bahnstationen statistisch gesehen eine der sichersten Orte. Die meisten Vergewaltigungen passieren in den eigenen vier Wänden - trotzdem haben Frauen im Allgemeinen weniger Angst nach Hause zu gehen, als nachts in U-Bahn Schächten zu warten. Dass ein Gefühl der Sicherheit und Unsicherheit nicht nur mit den eigenen Erfahrungen zu tun hat, sondern auch gesellschaftlich vermittelt ist (in Krimis werden Haltestellen besonders inszeniert, Mütter geben Töchtern den Rat, nicht nachts alleine an der Haltestelle zu warten, obwohl man keine kennt, die sexuelle Gewalterfahrungen in U-Bahnstationen / in U-Bahnen gemacht hat etc). Trotz alledem wird die Präsenz von Sicherheitskräften mit der Angst der (weiblichen) Fahrgäste begründet. Ist das subjektive Sicherheitsgefühl wirklich größer, wenn uniformierte Menschen in den Bahnen mitfahren? Ist es nicht absurd, paramilitärisch gekleidete (und manchmal vielleicht so ausgestattete) Männer mit Hackfressen mit Sicherheit zu assoziieren?

Interessant wäre auch eine Auseinandersetzung mit dem Thema Frauen und Krieg. Gerade im Kosovo-Krieg war die "Verhinderung von Gewalttaten gegen Frauen" ein Wille, der zur Kriegslegitimation herhalten musste. Der Bundeswehr Video-Skandal 1998, indem ein Vergewaltigung als Übung geprobt wurde sorgte für Entsetzen - dass Vergewaltigungen der gegnerischen Frauen ein altbekanntes Mittel ist, die "Gegner" psychisch labil zu machen (die Frauen sind traumatisiert, die Männer sind eifersüchtig und selber entehrt) `vergaß´ man dabei.

Weibliche Sicherheitskräfte und männliche Gewaltopfer

Dies alles sind nur grobe Umrisse, wie sich diesem Thema genähert werden könnte, alle Beispiel vernachlässigen viele Aspekte. Gemein ist diesen Debatten, dass die Frau als (vom Mann) zu beschützendes Wesen dargestellt wird. Völlig absurd ist diese Darstellung wiederum auch nicht, und das macht die Auseinandersetzung schwierig. Wenig überraschen dürfte die Erkenntnis, dass nicht nur das Frausein den Sicherheits- oder Unsicherheits-Faktor bestimmt. Verschiedene Diskriminierungs"gründe" wie Klassenzugehörigkeit, Nationalität, sexuelle Orientierung und politische Ansicht spielen zusammen. Es gibt Gewalt gegen Frauen als Migrantinnen, Gewalt gegen Frauen als Linke usw. In vielen Orten ist ein antifaschistischer Mann eher von Gewalt bedroht als die Cheerleaderin im örtlichen Fußballverein. Doch gibt es immer noch Gewalt gegen Frauen als Frauen. Und eben das ist der Unterschied.
Letztlich bleibt noch die Frage des Interesses ungeklärt: Die Vorstellung eines mächtigen Wesens, dass sich diesen Plan ausgedacht hat, um alle Leute zu überwachen und Frauen mal eben für die Legitimation von Kriegen, Video-Überwachung, Gen-Dateien und bewaffnete KontrolleurInnen zu instrumentalisieren ist absurd, "die (patriarchale) Gesellschaft" ein bisschen zu allgemein. Viel Spaß beim diskutieren!

sarah.dellmann

(An)Ständige Verfolgung der Aufständigen

Oder: Was ist eigentlich „unanständiger“ Antifaschismus“?

Im Sommer des Antifaschismus und in seinen spätherbstlich/winterlichen Ausläufern sollte eigentlich klar sein, wer im neuen "anständigen" Deutschland künftig nichts mehr zu lachen haben soll: der böse Einzeltäter neonazistischer Gesinnung (früher noch der nette "Skinheadbube" von neben an). Dafür sollten allerlei autoritär-staatliche Mittel und Wege garantieren: vom NPD-Verbot über die Einrichtung einer Sonderkartei für Rechtsextreme beim BKA bis zu vorbeugenden Hausbesuchen bei einschlägig bekannten Nazis. Staatliche Repressionsorgane, wie der Bundesgrenzschutz oder der Verfassungsschutz, die sonst lieber Jagd auf "kriminelle Ausländer" machen, gefallen sich in der Rolle, die Speerspitze des staatlich-zivilgesellschaftlichen Kampfes gegen Rechts zu sein - des "Aufstands der Anständigen".

Die Definitionsmacht darüber, was als anständig antifaschistisch gelten soll, beanspruchen die Wortführer der staatlichen Offensive für sich. An erster Stelle steht wieder mal der Einsatz für das Ansehen Deutschlands (als attraktiver Wirtschaftsstandort für ausländische InvestorInnen), wahlweise ergänzt durch das Bild einer modernen Einwanderungsgesellschaft oder durch eine - natürlich streng anständige und antifaschistische - deutsche Leitkultur.

Diejenigen, die die Widersprüche und Heuchelei eines vermeintlichen Antirassismus erkannt haben, der es für keinen Widerspruch, ja für notwendig hält den Zuzug von Fremden zu begrenzen, EinwanderInnen nach ökonomischen Nützlichkeitserwägungen zu selektieren und Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in Folterstaaten abzuschieben, bekommen es mit den anständigen Deutschen zu tun.

Zeitgleich zum (kaum spürbaren) Aufstand der Anständigen ist es nämlich Gang und Gebe, Menschen, die sich antifaschistisch engagieren und Rassismus in jeder Form entgegenstellen, politisch zu diskreditieren und zu kriminalisieren: So wurden in Zusammenhang mit Naziaufmärschen in Dortmund, Düsseldorf und wieder Dortmund in diesem Herbst mehr als 1000 AntifaschistInnen vorläufig festgenommen. Alleine in den inzwischen berüchtigten Kesseln von Dortmund hielt die Polizei im Oktober und Dezember 1200 Menschen, die sich den Nazis in den Weg stellen wollten, stundenlang fest. Unter den Festgenommenen waren knapp die Hälfte Kinder und Jugendliche. Während die Nazis Parolen grölend durch die Stadt ziehen konnten, wurden die GegendemonstrantInnen von der Polizei mit Schlagstöcken zusammen geprügelt, in polizeiliche Sammelstellen gebracht, stundenlang ohne Begründung festgehalten und oftmals erkennungsdienstlich behandelt. Insgesamt laufen bei der Dortmunder Polizei 905 (!) Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen - die Vorwürfe: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Landfriedensbruch, Widerstand. Wer auf Grund äußerer Merkmale als nicht-deutsch identifiziert wird, muss mit besonderer Repression rechnen: So wurde ein 22-jähriger Kurde wegen Werfens einer leeren (!) Plastikflasche nach der Demonstration in Düsseldorf zu sieben Monaten Haft verurteilt.

Dass gerade in den Moment, in dem der Staat und die Eliten der Zivilgesellschaft den Kampf gegen Rechts zum Hauptziel der Staatsraison machen, AntifaschistInnen unter den Augen der Öffentlichkeit zusammen geprügelt werden und die juristische Repressionsspirale steigt, erscheint paradox: Wie kann es sein, dass Menschen, die den staatlichen Aufrufen zur Zivilcourage folgen und sich dem braunen Mob entgegenstellen, letztlich genau so (wenn nicht viel härter) kriminalisiert werden wie Neonazis ?
Die Antwort darauf liegt im Charakter des Aufstands der Anständigen selbst begründet: Bei diesem staatlich inszenierten und von der Wirtschaft beklatschten Meisterstück des "guten Deutschlands", geht es nicht primär um die Opfer rassistischer Gewalt. Denn dann müßte der in weiten Teilen des vorherrschende "rassistische Konsens", der sowohl große Teile der Bevölkerung als auch der wirtschaftlichen und politischen Eliten umfaßt, und sich irgendwo zwischen "Ausländer Raus ! Arbeit zuerst für Deutsche !" (NPD) und "das Boot ist voll" (Schilly)manifestiert, mit angeprangert werden. Auch müßten dann Flüchtlinge und AsylbewerberInnen als Opfer staatlichen Rassismus anerkannt werden und folgerichtig Sondergesetze und Abschiebehaft als institutionelle Ausprägung von Rassismus abgeschafft werden.
Davon ist jedoch beim Aufstand der Anständigen nicht die Rede.
Mit dem "Aufstand der Anständigen" und den ihn begleitenden autoritär-staatlichen Maßnahmen wie Parteienverbot und Einschränkung der Versammlungsfreiheit beansprucht das "gute Deutschland" den Begriff Antifaschismus für sich. Damit soll es gelingen, sich sowohl "en vogue" nämlich antifaschistisch zu präsentieren, als auch eine Thematisierung des Zusammenhangs von rechter Gewalt und staatlichem Rassismus zu verhindern.
Alle, die dabei nicht mitspielen und ihren Kampf gegen Neonazis in den Kontext der Forderung nach offenen Grenzen und gleichen Rechten für alle Menschen stellen, werden als "LinksextremistInnen" dargestellt, für die Antifaschismus lediglich Deckblatt für kriminelle Aktionen sei. Wer einmal als kriminell-bedrohlich abgestempelt wird, gegen den lassen sich dann alle Maßnahmen, die den Anständigen als Bekämpfung des Rechtsextremismus gelten, genauso schön anwenden: polizeiliche Repression, Versammlungsverbote, Kriminalisierung. Die "öffentliche Ordnung" soll gegen "linke Chaoten" ebenso verteidigt werden, wie gegen rechte Schläger.
Wer den Nazis nicht den Rücken zu dreht wie die in Dortmund und Düsseldorf bei Bratwurst und Bier den Reden von Ministerpräsident Clement lauschenden Anständigen, - sondern sich ihnen entgegenstellt - landet im Polizeigewahrsam und muss mit Strafe rechnen. Dies soll sich in den Köpfen (auch vieler Jugendlicher) festsetzen.
Gegen diese "anständige" Form der Verfolgung vor zu gehen, bedeutet den Charakter des offiziellen "Antifaschismus" selbst in Frage zu stellen. Es reicht nicht, der Politik Heuchelei oder Untätigkeit vorzuwerfen (was beides stimmen mag): Eine antifaschistische Bewegung, die diesen Namen verdient, muss vor allem gemeinsam und solidarisch gegen die staatliche Spaltung in "gute" und "böse" Antifas vorgehen. Sie sollte sich nicht dazu hinreißen lassen, autoritär-staatliche Mittel im Kampf gegen Rechts zu fordern, denn diese treffen letztlich auch diejenigen, die die herrschende, rassistische Ordnung in Frage stellen.
Antifaschismus muss jetzt erst recht bedeuten, dem staatlichen Rassismus die Forderung nach gleichen Rechten und offenen Grenzen entgegen zu stellen. Denn ohne einen grundlegenden Wechsel hin zu einem wirklich antirassistischen Klima wird auch der Kampf gegen staatliche Repression immer einer gegen die buchstäblichen Windmühlenflügel bleiben.

paulchen.panther

Aufstehen zum Anstehen: Ein Kessel Buntes

OUT NOW:

alles
wird
(noch)
schöner.

kulturrevolution.de/sign

layout & webdesign
für politische und
kulturelle initiativen

gormannstr. 16 | berlin
design@kulturrevolution.de

Muntere Terr

Teil I: Wie Zeugen unter Druck gesetzt werden

Mitte Januar 2000 fallen etwa 15 bewaffnete BKA-Leute bei Herrn R. aus Hagen in seiner Wohnung und an seinem Arbeitsplatz ein. Sie durchsuchen die Wohnung und nehmen persönliche Unterlagen mit. Er wird noch in der gleichen Nacht vernommen.

Der Anlass dieser Polizeiaktion: Am Tag zuvor wurden in Paris ein Mann und eine Frau festgenommen, ihnen wird vorgeworfen, Mitglieder der "Revolutionären Zellen" (RZ) gewesen zu sein. Die beiden Festgenommenen sollen an Anschlägen auf das Heidelberger Schloß und gegen einen AKW-Zulieferer beteiligt gewesen sein. Mitte der 70er Jahre, wohlgemerkt. Die RZ existieren nicht mehr.

Der festgenommene Mann hatte einen Schweizer Paß bei sich, Inhaber dieses Passes wiederum ist Werner R. aus Hagen - dies der Grund für die überfallartige Hausdurchsuchung. Der Einsatz war aus Sicht des BKA so rasch nötig, damit Herr R. und seine WG keine Spuren zu den Tatverdächtigen verwischen könnten, die eine mögliche Beziehung aufzeigen. Nun wurde auch ohne vorheriges Spurenverwischen keine Beziehung zu den Verhafteten gefunden -was die Fahnder nicht weiter beirrte.

Dem BKA war bei seiner Zeugenvernehmung wichtig, welche Kontakte zu "Linken" bestünden. In der früheren WG des Zeugen hatte z.B. einmal ein linker Anwalt übernachtet, als er in der Stadt einen Prozeß hatte.

Und das BKA wollte wissen, wann Werner R. seinen Schweizer Reisepass beantragt hat, wann er ihn zuletzt benutzt und wo er ihn aufbewahrt habe.

Damit begannen dann Rs Probleme mit den Strafverfolgern: Sie glaubten ihm nicht, ließen BKA-Beamte verlautbaren - und der zuständige Staatsanwalt in Frankfurt glaube ihm auch nicht. Was umgekehrt bedeutet, dass der Zeuge verdächtigt wurde, die beiden mutmaßlichen RZ-Mitglieder irgendwie unterstützt zu haben.

Die BKA-Beamten wurden relativ massiv: Er solle lieber gleich zu Anfang etwas einräumen, wenn später andere aussagten und ihn belasteten, könne dies noch viel unangenehmer für ihn werden. Dem Zeugen R. wurde mulmig und er verweigerte seine Aussage. Was im ersten Versuch, den "ungehorsamen" Zeugen zum Reden zu bringen, zu einem Ordnungsgeld von 1000,- DM führte. Als er danach weiter schwieg, beantragte der Staatsanwalt Beugehaft gegen ihn. Das zuständige Amtsgericht lehnte dies mit der völlig korrekten Begründung ab, der Zeuge habe ein Aussageverweigerungsrecht - weil er selbst verdächtigt werde - zum anderen sie Haft nicht verhältnismäßig. Dagegen legte der Staatsanwalt Beschwerde ein, das Landgericht unterstützte sein Begehren und verhängte bis zu 6 Monate Beugehaft !

Der Beschluss des Landgerichts enthält keinerlei Begründung für die Verhängung der Beugehaft. Außerdem wird weder der betroffene Werner R. noch seine Anwältin darüber informiert. Durch Zufall erfährt Werner R. davon, dass der Beschluss schon seit drei Wochen bestehe - und er bereits hätte verhaftet sein können.

Juristisch ausgebildete Menschen wie der Staatsanwalt und die drei Richter beim Landgericht Frankfurt wissen, dass Verdächtige ein Schweigerecht haben - und dass ein Zeuge, der berechtigt schweigt, nicht in Beugehaft genommen werden darf. Sie wissen auch, dass jemand, der von solchen Maßnahmen betroffen ist, rechtliches Gehör bekommen muß - was Werner R. ebenfalls verweigert wurde. Die Entscheidung wurde wie in einem Geheimverfahren gefällt und war darüber hinaus inhaltlich falsch !

Gegen den Beugehaftbeschluss legte Werner R. Verfassungsbeschwerde ein und das Bundesverfassungsgericht gab ihm recht. Der Beschluss wurde aufgehoben, weil sein Grundrecht auf Freiheit damit - rechtswidrig - verletzt wurde.

Bis zu dieser Entscheidung im Eilverfahren war ein Monat vergangen. Genauso lange hätte Werner R. inhaftiert sein können, und zwar illegal - wenn ihn die Polizei, die ihn mehrmals suchte, gefunden hätte. Noch zwei Stunden, nachdem der Beschluss des Verfassungsgerichtes an alle Beteiligten gefaxt worden war, wusste die Fahndungsabteilung bei der Polizei noch nichts davon - sie wurde erst von der Anwältin darüber

informiert. Der zu Recht schweigende Zeuge hätte also sogar noch nach der Aufhebung des Beugehaftbeschlusses verhaftet werden können.

Die juristischen Sachfragen waren relativ einfach richtig zu entscheiden. Darum scheint es der Verfolgungsbehörde und den Richtern am Landgericht aber nicht gegangen zu sein. Selbst mit unzulässigen Mitteln sollte ein Zeuge gebrochen werden, um mit aller Gewalt an Informationen zu kommen. Es kann nur gemutmaßt werden, dass auch selbst 25 Jahre nach den Anschlägen der RZ noch heftige Verfolgungswut gegenüber Linken besteht. Bei Straftaten von links vergisst man nicht so schnell, während es bei Nazianschlägen fast schon zur Mode geworden ist, die Täter zu eifersüchtigen/betrunkenen/entwurzelt-weil arbeitslosen etc. Einzeltätern zu machen.

roristenjagd

Teil II - Die Gefangenen brauchen unsere Solidarität

Berlin, 19. Dezember 1999: Rund 1.000 Polizisten und Sondereinsatzkräfte durchsuchen den Mehringhof, das größte Zentrum linker und alternativer Kultur und Politik Berlins. Der Vorwand: Die Suche nach einem Waffen- und Sprengstoffdepot der Revolutionären Zellen (RZ). Gefunden wird nichts. Hinterlassener Sachschaden: ca. 100.000 DM. Zeitgleich werden in Berlin und Frankfurt/ Main drei Menschen mit brachialen Methoden aus den Betten geholt und verhaftet: Harald G., Mitarbeiter der im Mehringhof ansässigen "Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM)", Axel. H., einer der Hausmeister des Gebäudekomplexes sowie die Frankfurterin Sabine E. Axel sitzt seitdem in Wuppertal, Harald in Düsseldorf und Sabine in Frankfurt/ Preungesheim im Knast.

Gegen Rudolf S., der bereits wegen anderer Vorwürfe in Frankfurt inhaftiert ist, wird der Haftbefehl erweitert. (Axel und Harald sind mittlerweile nach Berlin- Moabit verlegt worden). Weitere Polizeiaktionen folgen. Am 18. April dieses Jahres wird in Berlin Matthias B. verhaftet. Genau einen Monat später läuft die Polizei im kanadischen Yellowknife ein und nimmt den nach Kanada ausgewanderten Lothar E. fest. Nach Zahlung einer Kaution kann Lothar den Knast verlassen. Zurzeit läuft gegen ihn ein Auslieferungsverfahren.
Alle Haftbefehle basieren ausschließlich auf Aussagen von Tarek Mousli, dem selbst die Rädelsführerschaft in den RZ vorgeworfen wurde. Nach seiner Verhaftung im November 1999 hat Mousli ausführlich Gebrauch von der damals noch gültigen Kronzeugenregelung gemacht. Um selbst eine niedrigere Strafe zu bekommen, hat er die sechs Beschuldigten belastetet. Auf Grundlage dieser Aussagen wirft ihnen die Bundesanwaltschaft nun zahlreiche Delikte vor, die im Zusammenhang mit Aktionen der RZ stehen: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RZ) nach § 129 a, mehrere Sprengstoffanschläge (1987 auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin; 1991 auf die Berliner Siegessäule). Beinschüsse auf den damaligen Leiter der Berliner Ausländerbehörde 1986 und den früheren Vorsitzenden des Asylsenats beim Bundesgerichtshof 1987 werden angeführt, obwohl diese Vorwürfe verjährt sind.

Am 30. Mai wird der Mehringhof ein zweites Mal durchsucht. Via Kamera dirigiert der online zugeschaltete Kronzeuge Mousli die Ermittler durch Aufzugschächte und Kellerräume des Zentrums. Dennoch finden sie auch bei dieser Polizeiaktion keine chemische Rückstände, die auf eine Lagerung von Sprengstoff hindeuten könnten.
Aber auch das hindert den Bundesgerichtshof nicht daran, die Untersuchungshaft für die Gefangenen am 4. August zu bestätigen. Somit werden die Beschuldigten nach einem halben Jahr U-Haft weiterhin im Knast bleiben.
Für den Kronzeugen Mousli hat sich seine ausführliche Plauderei dagegen gelohnt: Er ist bereits seit Ende April wieder auf freiem Fuß. In einem Verfahren vor dem Berliner Kammergericht wurde er - Dank seiner guten Dienste für die Bundesanwaltschaft - zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Die Klageschrift gegen Axel, Harald, Matthias und Sabine ist jetzt (Ende November) den AnwältInnen zugestellt worden. Mit Prozessbeginn ist Anfang dieses Jahres zu rechnen.
In Solidarität mit den Gefangenen hat sich eine Kampagne formiert, die eine breite Öffentlichkeit informieren und mobilisieren will, um politisch Druck zu machen und die Freilassung der drei zu beschleunigen. Im Rahmen dieser Kampagne soll der repressive Paragraph 129a und die Kronzeugenregelung attackiert werden. Ebenso wird die Rolle der staatlichen Flüchtlingspolitik der 80er Jahre als Wegbereiter der heutigen rassistischen Strukturen in Deutschland und Europa thematisiert.

Wäre dies in der DDR passiert, hätten die beteiligten Volljuristen mit Strafverfahren rechnen müssen. Wäre der betroffene Zeuge kein Alt-Linker, sondern Bundestagsabgeordneter (oder gar ehemaliger Bundeskanzler (Anm. der Red.) müßte der Staatsanwalt sich Sorgen um seinen Job machen. Da dem aber nicht so ist darf munter weitergemacht (und verfolgt) werden. Die übrigen WG- Bewohner Rs wurden bereits zu Vernehmungen vorgeladen.

(Die Verfasserin des Artikels ist der Redaktion bekannt)

Infos im Netz:
www.freilassung.de gib.squat.net/mh-razzia
www.tolmein.de/RZ/rz.html www.umbruch-bildarchiv.de

Joschka und das Farbei

Von Außenminister Fischers "Putztruppen" und der Gewaltfrage

Es war mal wieder so weit, eine neue Etappe des Farbbeutel-Prozesses in Bielefeld. Wir erinnern uns: Am 13. Juli 1999 warf die Transgender-Aktivistin Samira einen mit roter Farbe und Wasser gefüllten Beutel auf Außenminister Josef Martin Fischer. Sie wollte den Minister "blutrot" markieren, weil er auf dem Grünen-Pateitag für den Kosovo-Krieg eingetreten ist und als Außenminister maßgeblichen Anteil am ersten deutschen Kriegseinsatz seit 1945 hatte. Das ist ihr gelungen, obwohl es nichts an der Entscheidung der Grünen in Bielefeld für den Krieg geändert hat.
Am 21. Dezember 2000 war der zweite Prozesstermin in Bielefeld. Schon vormittags fand eine Demonstration durch die Innenstadt und über den Weihnachtsmarkt statt. Es waren etwa 200 Menschen angereist. Aus Berlin kam ein ganzer Bus voller AktivistInnen. Im Gerichtssaal waren während der Verhandlung viele SympatisantInnen Samiras.
Sie verlas eine Prozesserklährung, in der sie klarstellte, warum sie den Farbbeutel werfen musste: "Hier wird der Widerstand gegen den Krieg zur Anklage gebracht und nicht der Kriegsaußenminister selber, zum Beispiel wegen seiner Rolle zur Durchsetzung eines, zumal völkerrechtswidrigen, Angriffkrieges.
Die Ermordeten werden kein Gericht finden, das ihren Tod zum Thema machen wird!
Ein Massaker von Racak habe es nicht gegeben. Finnische Ärzte haben hierzu schon am 17. März 1999 einen Bericht vorgelegt, der im Fischer-Ministerium unter Verschluss lag. Einen Genozid, wie von Scharping behauptet, habe es auch nicht gegeben und gehöre somit zu den Lügen der deutschen Kriegspropaganda.
Samiras Anwälte sahen vor dem Hintergrund von 2500-fachen geplanten Morden(so viele Zivilisten starben im Zuge der Nato-Luftangriffe), an denen Fischer mit schuldig sei, bei Samiras symbolischer Aktion eindeutig die Verhälnismäßigkeit der Mittel gewahrt.
Die Staatsanwaltschaft sah das Bielefelder Amtsgericht nicht zuständig für Völkerrechtsverletzungen und beantragte 7 Monate Haft auf 3 Jahre Bewährung also exakt das Urteil, des vorhergehenden Prozesses.
Das Urteil lautete dann letztendlich 120 Tagessätze a 30 DM. Macht 3600 DM. Gegen das Urteil haben sowohl die Staatsanwaltschaft als auch Samira selbst Berufung eingelegt.
Interessant ist, dass Fischer in seiner Sponti-Zeit Anfang der 70er-Jahre selbst zu Steinen gegriffen hat. Es existieren Film- und Foto-Aufnahmen wie er mit seiner sogenannten "Putzgruppe" im April 1973 in Frankfurt-Bockenheim im Zuge von Häuserkämpfen in der Mainmetropole einen Polizisten "klatschte". Symbol für die Wendigkeit im Kampf dieser "Politrocker", wie sie damals genannt wurden, waren die Turnschuhe, die Fischer noch sehr lange kultivierte.
Fischer bot der Farbbeutelwerferin an, auf eine Anzeige zu verzichten, wenn sie die Arztkosten bezahle und der Kosovo-Hilfe spende. Diesen im "Spiegel" verbreiteten Vorschlag beantwortete Samira mit dem Angebot, drei Deserteure aufzunehmen und, weil die Ohrverletzungen nicht beabsichtigt gewesen seien, auch die Arztkosten zu tragen. Sie erklärte sich bereit, einen Serbischen, einen Kroatischen und einen Nato-Kriegsdienstverweigerer aufzunehmen. Da sie nicht für die Unterbringung von Kriegsflüchtlingen in menschenunwürdigen Sammellagern sei, könne sie der Kosovo-Hilfe nicht spenden. Fischer beantwortete dies mit Schweigen.
Es ist schon interessant und zynisch zu gleich, wie der Außenminister, der ja selbst direkten Aktionen und Straßenkampf durchaus nicht abgeneigt war, sich ausgerechnet jetzt, wo er als Außenminister direkte Verantwortung für den Nato-Angriffskrieg und den Tod von unschuldigen Menschen trägt, als Friedensengel aufspielt und sich bei den Polizisten, mit denen er früher Fäuste schwingend zusammentraf, entschuldigte, während er gleichzeitig KriegsgegnerInnen vor den Kadi schleifen läßt.
Angebracht wäre eine Entschuldigung bei den Opfern seiner Kriegstreiberei und deren Entschädigung (soweit dies möglich ist). Was Gewalt ist, entscheiden die Herrschenden, in diesem Falle der grüne Außenminister, im Zweifelsfall halt immer noch selber...

tim.bühner

Infos im Netz:
http://gib.squat.net/gruene/farbbeutel

Freiheit stirbt mit Sicherheit

Die Innen-Minister und -Senatoren von Bund und Ländern beabsichtigen die Einschränkung des Versammlungsrechtes und werden die Dateien "Gewalttäter Rechts", "Gewalttäter Links" und "Straftäter politisch motivierter Ausländerkriminalität" beim Bundeskriminalamt (BKA) einführen.

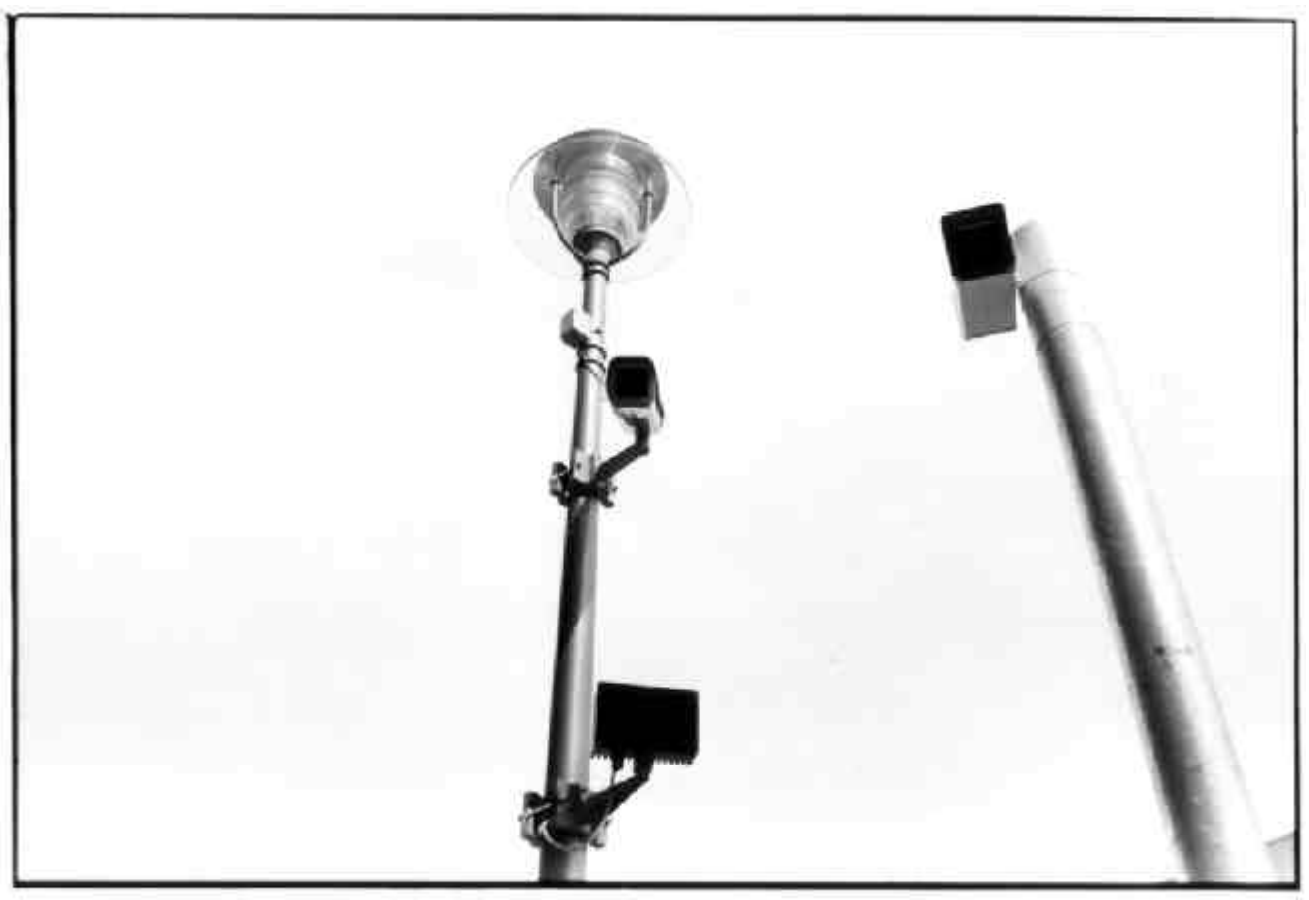
Was die Welt-Öffentlichkeit am 24. November 2000 um 2 Uhr Nachmittags in der 27-ten Etage des Bonner Langen Eugens erreichte, kann nichts Gutes verheißen:

Es sollen Dateien aufgebaut werden, die die Möglichkeiten der Polizei verbessern werden, gegen Rechts- aber auch "Links-Extremisten" repressiv und präventiv vorzugehen. Hier werden nicht nur verurteile Straftäter aufgenommen, der bloße Verdacht genügt um vom Bundeskriminalamt in eine solche Datenbank aufgenommen zu werden.
Diese Dateien werden nach der bereits vorhandenen Datei "Gewalttäter Sport" konzipiert, die bei der Fußball-Europameisterschaft 2000 ihren ersten großen und erfolgreichen Einsatz fand. Hier wurden bereits an den deutschen Grenzen mögliche Hooligans abgefangen. Einige mussten sich täglich auf der Polizei-Wache melden, um ihre Anwesenheit zu bekunden.
Was hier geschickt mit der Rechtsextremismus-Debatte vorbereitet worden ist, wird Linke wie Rechte gleichermaßen betreffen. Man möchte im Vorfeld von Aktionen extremistische Strukturen erkennen und bekämpfen. Man wird mit vermehrten Hausbesuchen zu rechnen haben. Auch mit Schulen und sozialen Einrichtungen soll zusammen gearbeitet werden.
Es wird in Zukunft schwieriger werden zu demonstrieren. - Nicht nur, weil man Gefahr Läuft als Gewalttäter die Vorkontrollen nicht passieren zu dürfen, sondern auch, weil geplant ist das Versammlungsrecht einzuschränken.

Die Innen-Minister und -Senatoren planen folgendes:
Es sollen sogenannte "befriedete Bezirke" geschaffen werden. In der Nähe von historisch oder kulturell bedeutsamen Orten werden Demonstrationen nur noch in Ausnahmefällen nach besonderer Genehmigung, in Ausnahmefällen stattfinden dürfen.
"Befriedete Bezirke" ersetzen die "Bannmeilen". Sie wurden mit dem Umzug nach Berlin geschaffen, um den Arbeitsablauf der drei Verfassungsorgane Bundesrat, Bundestag und Bundesverfassungsgericht nicht zu beeinträchtigen, aber in sitzungsfreien Zeiten Kundgebungen zuzulassen.
Die neue Regelung, bricht Eis: Es wird eventuell möglich die so genannten "befriedeten Bezirke" auf ganze Innenstädte auszuweiten.

Eckart Werthebach, der Innensenator von Berlin, hatte schon im Vorfeld der IMK folgende Visionen:
Er sagte am 26. September 2000:
"Im räumlichen Wirkungskreis .. durch den Bund oder die Länder einzurichtenden, ‚befriedeten Bezirke' sind Demonstrationen grundsätzlich untersagt. Es soll jedoch ausnahmsweise in diesen Bereichen möglich sein, Versammlungen mit nicht verfassungsfeindlichen Inhalten durchzuführen."
Wenn "eine unmittelbare Gefährdung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung … vorliegt, wenn erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere außenpolitische Interessen oder völkerrechtliche Verpflichtungen beeinträchtigt werden und dadurch einer der Verfassungsgrundsätze Deutschlands missachtet wird," sollen in Zukunft Versammlungen verboten werden können.
Dies ist ein sehr weitreichender Einschnitt in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Es ist wirklich gefährlich, was die Politiker hier hinter der Rechtsextremismus-Debatte aufziehen.
Es könnte schon bald vorbei sein mit Demonstrationen zum US-amerikanischen Konsulat, um die Freilassung von Mumia Abu-Jamal zu fordern. Keine Kundgebungen mehr vor der Tschechischen Botschaft um auf Gefangene vom Weltwirtschafts-Gipfel in Prag aufmerksam zu machen.
Auch Demos vor PolitikerInnen-Treffen wie zum Kölner EU-Gipfel, wird es in Zukunft möglicherweise nicht mehr geben.

tim.bühner



Buchbesprechung:

[Durch die Wüste]

(Hg.): AutorInnenkollektiv
"Durch die Wüste - Ein Repressionshandbuch für die politische Praxis"
Unrast Verlag , Münster 2000
ISBN 3-89771-404-3, 240 S., 12 DM

Durch die Wüste der politischen Praxis

Auf einmal befindest du dich bei einer Demo gegen Nazis im sog. Polizeigewahrsam, du wirst beim "wilden" Plakatieren erwischt oder du fragst dich einfach nur, ob du als AnmelderIn einer Demo rechtlich verantwortlich bist und Stress mit den Behörden bekommen kannst. Diese oder andere Situationen, in denen du dich mit prügelnden Cops oder nervenden Behörden konfrontiert siehst, kommen früher oder später auf jeden politisch aktiven Menschen zu. Unvorbereitet steht man leicht mit einem Gefühl der Ohnmacht und Angst den Repressionsorganen und einem Paragraphen-Dschungel gegenüber.
Tipps, Trix und wertvolle Anregungen für politische Aktionen und den Umgang mit Polizei, Justiz oder Verwaltungsbehörden gibt das Buch "Durch die Wüste", das neu aufgelegt und gründlich überarbeitet (die erste Auflage dieses linken Klassikers erschien 1987 !) im Unrast-Verlag erschienen ist.
Auf 240 Seiten finden sich alle erdenklichen Informationen und Tipps rund um das leidliche Thema Repression. Die HerausgeberInnen, ein AutorInnenkollektiv von Menschen, die in verschiedenen Rechtshilfe- und Antirepressionsgruppen aktiv sind, haben die (ver)alte(te) Version dieses Klassikers gründlich aktualisiert und um Kapitel zu den immer brisanter werdenden Themen rund um Überwachung wie "Genetischer Fingerabdruck" und "Computerunsicherheit" erweitert. Damit tragen sie dem Ausbau des staatlichen Überwachungsapparates, der natürlich auch nicht ohne Folgen für politische Repression gegen linke Gruppen geblieben ist, Rechnung. Auch auf die immer "beliebter" werdenden Schnellverfahren, die sich häufig direkt an Festnahmen bei Demonstrationen anschließen, wird gesondert eingegangen.
Wie ein Leitfaden zieht sich das Ziel, eines bewussten Umgangs mit staatlicher Repression durch das ganze Buch. Zu diesem bewußten Umgang gehören für das AutorInnenkollektiv sowohl die Auseinandersetzung mit eigenen, individuellen Ängsten oder leichtsinnigen "Gewissheiten", genauso wie Anregungen und Tips zur politischen Prozessführung und Solidaritätsarbeit. Immer wieder wird auf Ziele und Gefahren staatlicher Repression wie Einschüchterung, Vereinzelung, Spaltung und Entpolitisierung von Konflikten hingewiesen. Es bleibt aber nicht bei Informationen und Ratschlägen. Die AutorInnen sind parteiisch im besten Sinne - als Leitsätze des Buches könnten zwei alte Slogans der Linken herangezogen werden: "Angeklagt ist eine, gemeint sind alle !" und "Allein machen sie dich ein!".
Aber das Buch ist nicht nur empfehlenswert für "alte", gestandene PolitaktivistInnen - sondern gerade auch für Neulinge linker Praxis, für eine erste und tiefgreifende Beschäftigung mit dem Thema Repression. Vor allem der umfangreiche Teil zum Thema Verhalten bei Demonstrationen, Sicherheit bei politischen Aktionen und Umgang mit der Staatsmacht ist bestens geeignet für die örtliche Jugend-Antifa, den JD/JL-Kreisverband oder "EinzelkämpferInnen".
Parteiisch ist das Buch auch in seiner Sprache: Geschrieben im Szenejargon, immer nah dran an der "autonomen Basis", mag es zwar für manch eine(n) stilistisch gewöhnungsbedürftig sein, ist aber gerade dadurch leicht verständlich und eben kein Paragrafendschungel.
Durch die Wüste - eine lohnende Investition in die eigene Sicherheit (und die von politischen MitstreiterInnen)!

Zu beziehen ist "Durch die Wüste", wie viele andere linke Bücher (vom Roman bis zur linken Theorie) bei
alive - der assoziation Linker Verlage
c/o Alibri Verlag
Postfach 100 361
63703 Aschaffenburg
(Gesamtverzeichnis 2000/2001 kann gegen Briefmarken angefordert werden !)

florian.becker

Auch im Privaten politisch: *Die dialektische Einheit von revolutionärer Theorie und Praxis*

Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle

Wege und Irrwege der radikalen Linken

Die "Revolutionären Zellen/Rote Zora" sind in der BRD für viele radikale Linke zu einem Mythos geworden. Während sich die bürgerliche Presse nahezu ausschließlich mit der RAF als "Staatsfeind Nr. 1" beschäftigte, galten die "RZ" vor allem in den Hochzeiten der Autonomen-Bewegung in den achtziger Jahren als Identifikationsobjekt der radikalen Linken. Anders als die RAF vollzogen die autonom operierenden Gruppen der RZ ihre militanten Aktionen nicht aus der persönlichen Illegalität heraus. Statt "Abtauchen" war dort vielmehr Mitarbeit in den diversen Kampagnen der radikalen Linken angesagt. 1973 trat erstmals eine "Revolutionäre Zelle" mit einem Anschlag auf ITT-Niederlassungen in Erscheinung, um ein antiimperialistisches Signal gegen den Militärputsch in Chile zu setzen. Die RZ - schon bald den Plural "Zellen" benutzend - versuchten sich vom Avantgarde-Konzept der RAF ab zu setzen.Über militante antiimperialistische Aktionen sowie zugleich mit Anschlägen in Bezugnahme auf hiesige soziale Kämpfe sollte eine enthierarchisierte Verbreiterung militanter Praxis erreicht werden. Im "Revolutionären Zorn Nr.1", einer 1975 erschienen illegal vertriebenen Zeitung hieß es: "Was wir wollen, ist die Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, die Teil von der politischen Massenarbeit sind.."
Solche nahen Revolutionshoffnungen kamen der Linken jedoch schon bald abhanden: Deutscher Herbst, das Abflauen außerparlamentarischer Auflehnung und nicht zuletzt verblendete Aktionen und Rechtfertigungen eines bewaffneten Teils der radikalen Linken führten zu einer beginnenden Skepsis gegenüber einer baldigen Revolutionierung der Verhältnisse, die auch die RZ ergriff. Das Ausbleiben von (militanten) Massenbewegungen führte zu der Einsicht, dass die Machtfrage momentan nicht zu stellen sei.

Robin Hood für die Linken und Unterdrückten?

Die Aktionen der RZ spiegeln zum großen Teil die sozialen Kämpfe von den siebziger bis zu den neunziger Jahren: Anschläge gegen Spekulanten und Frauenhändler, gegen AKW-, Gen- und Biotechnologiefirmen, gegen Kriegsproduktionen und Militäreinrichtungen, Staatsanwälte und Ausländerbehörden... mit Sprengstoff, Feuer und auch mit viel militanter Phantasie wurde Front gemacht gegen die Normalität kapitalistischer Gewalt. Viele Aktionen erzeugten dabei mehr als nur klammheimliche Freude: Die Aktionen der RZ riefen auch Nachahmungen hervor und waren teilweise nicht von anderen militanten Auseinandersetzungen im Häuserkampf oder am Bauzaun zu unterscheiden. Manchmal mußte es sogar der legalistischen Linken schwerfallen, eine RZ-Aktion standhaft zu kritisieren; etwa als 1986 über einem Lüftungsschacht die Computer des Kölner Ausländerzentralregisters zum Absturz gebracht und somit viele zur Abschiebung "freigegebene" Flüchtlinge erst einmal anonymisiert wurden. Bei der RZ standen durchaus auch produktive Ansätze auf der Tagesordnung: Gegen Fahrpreiserhöhungen wurden illegal Fahrscheine in Hunderttausender-Auflage nachgedruckt und verteilt; genauso Lebensmittelgutscheine für Obdachlose: "Für uns ist diese Aktion nur ein Anfang. Wir sind der Meinung - wie die Genossen in Italien, Frankreich und Südamerika - dass auch in der BRD den Armen das gegeben werden muß, was die Reichen ihnen nehmen, bis sie es sich selber holen. Friede den Hütten, Krieg den Palästen!" (RZ, Ostern, 1976) Als zwei Obdachlose daraufhin nach Einlösung dieser Gutscheine zu Geldstrafen verurteilt wurden, fackelte eine RZ dem verantwortlichen Richter sowie dem Staatsanwalt in bester Robin Hood-Manier die Karre ab.
Politischer Mord sollte zwar laut einer RZ-Grundsatzerklärung ausgeschlossen sein, nicht jedoch die Schusswaffe, von der die RZ wiederholt Gebrauch machte. Eine Praxis, die 1981 beim hessischen FDP-Wirtschaftsminister Karry nach erlittenem Bauchschuss zum Tode führte. Auch bei anderen Aktionen war die RZ bei der Wahl ihrer Mittel nicht immer zimperlich. Zum Teil führte diese Militanz zu zweifelhaften Erfolgen: Beispiel für einen solchen "Erfolg" ist die militante Kampagne der Frauengruppe "Rote Zora", die sich von den RZ abspaltete und eine militantfeministische Praxis entfaltete. So zündete die Rote Zora zur Streik-Unterstützung südkoreanischer Arbeiterinnen gegen ihre Ausbeutung durch die Firma Adler eine Bombe in der deutschen Hauptfiliale und deponierte wiederholt Brandsätze in den Kaufhausfilialen der Bekleidungsfirma. Zwar hatte die Aktion letztlich positive Folgen für die Forderungen der streikenden Arbeiterinnen. Allerdings ist kritisch zu hinterfragen, ob Brandsätze in Kaufhäusern überhaupt als militante linke Praxis zu rechtfertigen sind, denn solche Aktionen bedrohen unbestreitbar auch völlig unbeteiligte Menschen.

Mehr Fragen als Antworten...

Die RZ haben sich im Laufe ihrer Geschichte immer zwischen unterschiedlichen Strategien bewegt. Einerseits sollten vorhandene soziale Bewegungen durch militante Aktionen unterstützt und radikalisiert werden. Militante Interventionen sollten dabei existierende politische Ansätze quasi stützen und festigen. Andererseits haben die RZ eigenständig politische Themen in einer militanten Praxis aufgegriffen in der Hoffnung, damit eine breitere politische Bewegung anzustoßen. Besonders im Bereich der Flüchtlingspolitik ist dies erkennbar: Schon 1978 - als der Linken das Thema Rassismus noch weitestgehend fremd war - führte eine RZ einen Anschlag gegen die Frankfurter Ausländerbehörde durch und begründete diese Aktion mit dem notwendigen Protest gegen staatlichen Rassismus. Auch im Bereich der autonomen Flüchtlingskampagnen waren die RZ mit ihren militanten Aktionen seit Ende der achtziger Jahre quasi militante Vorläufer einer autonomen antirassistischen Bewegung. Allerdings ist festzuhalten, dass die RZ selber ihre Politik dazu als gescheitert erklärten. Eine undogmatische, antistaatlich und radikaldemokratisch orientierte Linke muß heute über Radikalität und Militanz grundsätzlich neu diskutieren. Gerade die zapatistische Bewegung aus Mexiko zeigt schließlich, dass heutzutage auch unter zugespitzten Klassen- und offenen Gewaltverhältnissen, seitens der Linken neue Wege beschritten werden müssen. Dies gilt für die hiesigen Verhältnisse unter völlig anderen politischen Bedingungen natürlich erst recht. Unter den heutigen Verhältnissen müßte eine radikale Linke völlig neu diskutieren, wie eine subversive Praxis mit neuen Mitteln und Zielrichtungen entfaltet werden kann und ob militante Untergrundkonzepte dabei eine Rolle spielen können und sollen.
Dennoch: Eine Linke, die die heutigen Verhältnisse radikal in Frage stellen will, kommt an der Aufarbeitung der eigenen Geschichte nicht vorbei.

Gekürzter und redaktionell bearbeiteter Artikel aus: "Terz - Autonome Stattzeitung für Düsseldorf" (www.terz.org)

Big Brother Award 2000

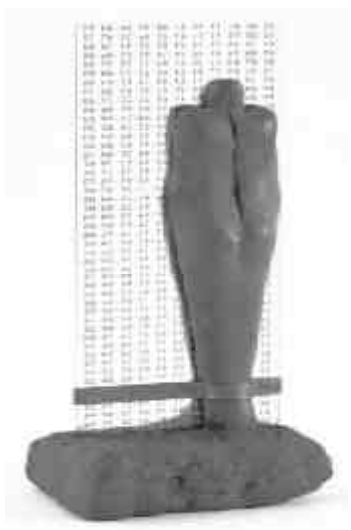
Sammeln, speichern, verarbeiten, abwiegeln und abstreiten

Im vergangenen Jahr vergab der "Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs" (FoeBuD) aus Bielefeld zum ersten mal den Big Brother Award, eine Negativ-Auszeichnung für besonders schlechten Umgang mit persönlichen Daten.

Den Hauptpreis in der Kategorie **"Business und Finanzen"** bekam die Firma "Loyalty Partner Gesellschaft für Kundenbindungssysteme mbH" in München für die Payback Karte. Diese Rabattkarte dient einzig dazu, personalisierte Daten zum Kaufverhalten von Millionen von VerbraucherInnen zu gewinnen. Payback hat nach eigenen Angeben bisher 7 Mio. aktive TeilnehmerInnen. Das System soll auf 12 Mio. erweitert werden. Mit Payback erhalten die KundInnen nach derzeitigem Rabattgesetz 1 bis 3 Prozent Rabatt auf ihre Einkäufe bei den Payback-Partnerunternehmen. Dies sind derzeit zum Beispiel: AOL, DEA, Realmarkt, UFA-Kino, Apollo-Optik, FTI Touristik, Kaufhof, RWE (Stromversorger) usw.
Überall wo die KundIn das blaue Kärtchen vorlegt, werden ihre/seine Einkäufe zu Payback übermittelt. So lässt sich ein perfektes Kundenprofil erstellen.
Im Gegensatz zu Omas Rabattmarken-Heftchen wird hier jeder einzelne Artikel personenbezogen gespeichert.
Die Firma Loyalty-Partners, die mehrheitlich der Lufthansa gehört, spioniert systematisch ihre KundInnen aus. Die Kundenprofile stehen dann allen Partnerunternehmen zur Verfügung. Wenn also ein Kunde bei Kaufhof täglich eine Flasche Schnaps kauft und das auf seinem Rabatt-Konto registrieren lässt, muss er damit rechnen, dass seine private Krankenversicherung dem Payback-System beitritt und seine Versicherungsbeiträge anpasst.
Auch Kreditkarten-Unternehmen sehen ihr Zukunfts-Geschäft darin, Kundenprofile zu erstellen. Hierzu hat Visa eine Partnerschaft mit Payback abgeschlossen. Ab Sommer diesen Jahres (nach der Modifizierung des Rabattgesetzes) sollen dann gemeinsam Daten gesammelt werden.

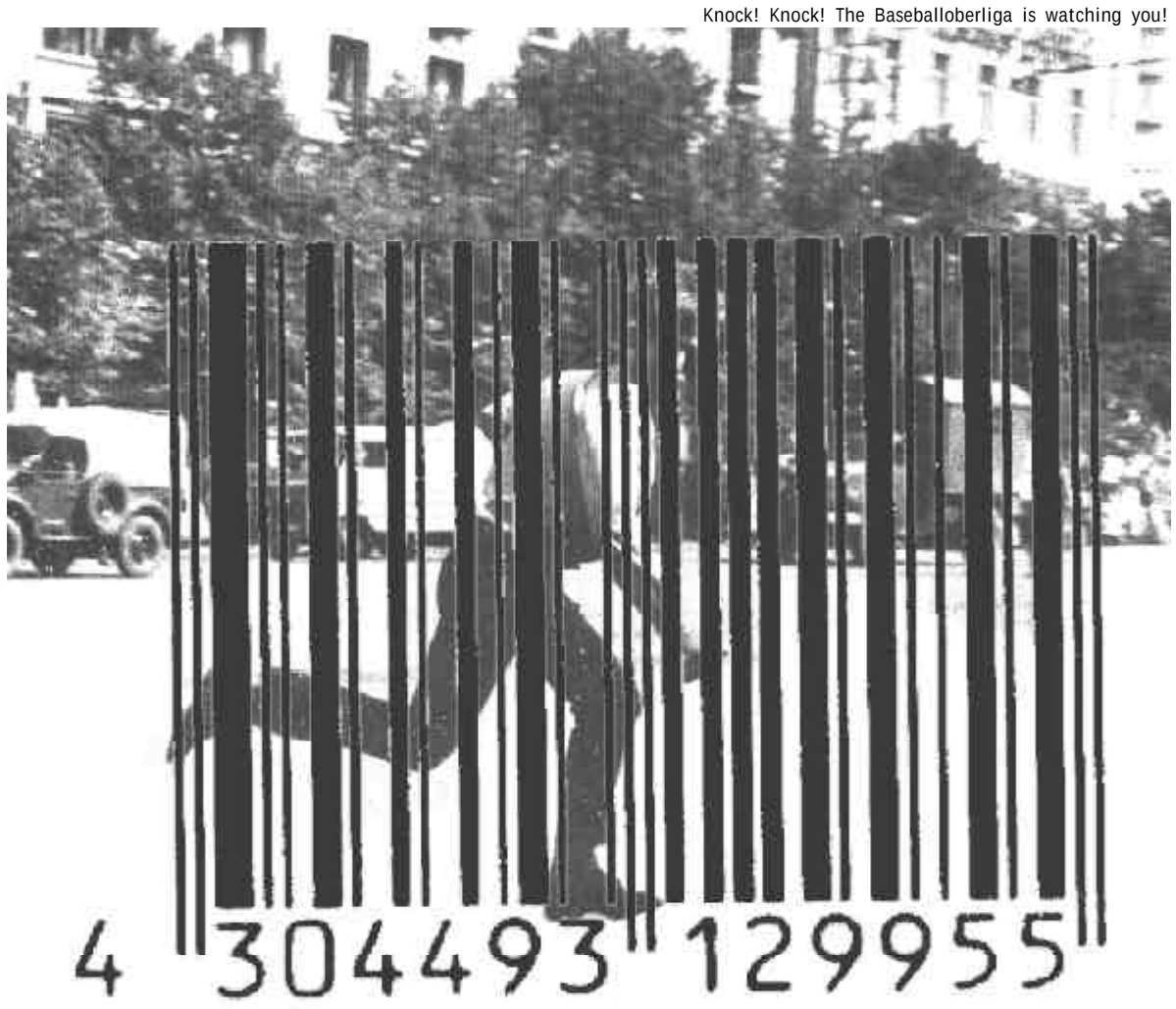
Preisträger in der Kategorie **"Politik"** ist der Innensenator von Berlin Dr. Eckart Werthebach für die geplante Erweiterung und Erneuerung der Telefonüberwachungsanlage in der Bundeshauptstadt. Damit soll in Berlin die Telekommunikation in zunehmendem Maße ohne jede Erfolgskontrolle abgehört werden.
Er fordert die massive Ausweitung der Telefonüberwachung in der Bundeshauptstadt. Es sollen z. B. IMSI-Catcher für die Mobilfunküberwachung angeschafft werden. Dies sind Geräte, die sich zwischen das abzuhörende Funktelefon und die Empfangsantenne des Netzdienstes schalten und dem Telefon gegenüber wie eine Selbige auftreten.
Deutschland ist seit Jahren Weltmeister im Abhören. 1999 erreichte die Zahl der Überwachungen mit 3066 Strafverfahren und 6646 AnschlussinhaberInnen und seit Jahren anhaltend zweistelligen Zuwachsraten einen neuen Höchststand.
Rund 40 Prozent der Abhörmaßnahmen, deren Dauer ebenfalls stieg, richteten sich 1999 gegen unverdächtige AnschlussinhaberInnen. Eine nachträgliche richterliche Kontrolle der Überwachungen ist nicht vorgesehen.

Preisträger der Kategorie **"Behörden und Verwaltungen"** ist Hartmut Mehdorn, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bahn AG.
Die Deutsche Bahn weitet die Videoüberwachung aus. Es sollen zunächst 42 Bahnhöfe lückenlos überwacht werden.
Nicht nur die Mitarbeiter der Bahn haben Zugang zu den gemachten Aufnahmen: Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Bundesgrenzschutz, die dauernd Zugriff zu die Aufnahmen haben.
Der paramilitärische BGS ist dem Bund unterstellt und seit seiner Gründung 1951 von einer Truppe zur Bewachung der Grenze zu einem multifunktionalen Werkzeug der inneren Überwachung geworden. Verfassungsrechtler sehen in der derzeitigen Verwendung des BGS einen Verfassungsbruch.



Schön ist anders: *So sieht er aus, der Big Brother Award*

Knock! Knock! The Baseballoberliga is watching you!



Widerstand ist zwecklos:
Im Fadenkreuz skrupelloser Marktforscher gibt es kein Entrinnen

In der Begründung für den Preis heißt es:
"Die Videoüberwachung aus vordergründigem kommerziellen Interesse über die Hintertreppe der Demokratie eingeführt, gefährdet die Privatsphäre. Probleme werden von ferne beobachtet, wenn etwas stört, wird ES entfernt. Soziale Kälte wird mit noch mehr Kälte beantwortet. An der Spirale der Kälte wird weiter gewerkelt, andere Modelle nicht einmal gedacht."

Preisträger der Kategorie **"Lebenswerk"** ist das Bundesverwaltungsamt in Köln für sein Ausländerzentralregister. Die Datenbank mit den Angaben zu mehr als 10 Mio. Personen dient der Überwachung von AusländerInnen, um diese besser abschieben zu können.
Mit dem seit 1953 beim Bundesverwaltungsamt in Köln geführten Ausländerzentralregister erfolgt bis heute eine institutionalisierte behördliche Diskriminierung von nichtdeutschen BürgerInnen.
Die zentrale AusländerInnenerfassung hat in Deutschland seit der mit der Ausländerpolizeiverordnung der Nazis eingeführten Ausländerzentralkartei von 1938 Tradition. Zum Zweck der "verstärkten Überwachung der Ausländer im Bundesgebiet" wurde das AZR im Jahr 1953 eingeführt.
Gespeichert werden nicht nur Daten zum Zweck der Identifizierung und Aktenerfassung, sondern Angaben zum gesamten Lebenslauf und zu polizeilichen Erkenntnissen. Diese Daten werden neben Anderen vor allem den Ausländer- und Asylbehörden sowie der Polizei zur Verfügung gestellt.

Die Preisverleihung fand am 26. Oktober in Bielefeld statt. Keiner der Preisträger erschien.
In der Jury waren Dr. Thilo Weichert (Deutsche Vereinigung für Datenschutz), Hans Hübner (Chaos Computer Club), Patrick Goltzsch (FITUG), Rena Tangens & padeluun (FoeBuD) und der Rechtsanwalt Dr. Rolf Gössner vertreten.

tim.bühner

Weitere Infos im Netz:

www.bigbrother-award.de
www.foebud.org
www.aktiv.org/DVD
www.fitug.de
www.ccc.de
www.heise.de
www.heise.de/tp
www.heise.de/ct
www.heise.de/ix
www.crypto.de
www.no-id.com
www.anonymizer.com
www.astalavista.com/de

Das Mailverschlüsselungsprogramm PGP („Pretty Good Privacy") findet Ihr unter www.jungdemokratinnen.de/tmp/pgp (*mit einfacher Anleitung auf deutsch*) *oder beim Hersteller:* www.pgpi.org

9.-11.2.: *Tagung zu Subjektkonstitution und Ideologieproduktion in Frankfurt/Main*

Ich schau Dir in die Augen, gesellschaftlicher Verblendungszusammenhang!

Wer diese Gesellschaft verändern oder sogar überwinden will, muss lernen, mit Frustration zu leben. Die aufklärerische Perspektive, dass sich die Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit befreien können, verzweifelt an dem Tatbestand, dass die aktuellen Herrschaftsverhältnisse keinem Argument weichen wollen. Warum wenden sich die Menschen in einer Zeit, in der die eklatanten Auswirkungen des globalen Kapitalismus immer offensichtlicher werden, nicht der emanzipatorischen Alternative einer befreiten Gesellschaft zu? Warum suchen sie stattdessen Sündenböcke, fordern eine autoritäre Politik ein, wählen - wie in Österreich - FaschistInnen in die Regierung, hetzen gegen MigrantInen, Jüdinnen und Juden, suchen ihr Heil in Religion oder der Kulturindustrie?

Deine Augen im Spiegel sind genauso frustriert als hättest Du Dich politisch engagiert

Am Problem, wie sich gesellschaftliche Verhältnisse in den Köpfen der Menschen niederschlagen, laboriert also jeder ernstzunehmender gesellschaftstheoretischer Ansatz. Gleichwohl eine emanzipatorische Perspektive aufrechterhalten kann nur, wer - statt in elitären Avantgardismus oder antidemokratischen Kulturpessimismus zu verfallen - die Ideologieproduktionsstätten und Sozialisationsagenturen ins Visier nimmt, die beständig Reklame für die Welt machen, wie sie ist.

bin ich am ende ein rückstand der moral der geschichte?

Doch die Vorstellung von einer Gesellschaft, die den Individuen abstrakt gegenübersteht und ihnen gleichsam "nachträglich" immer gerade das Bewusstsein vermittelt, das zur Aufrechterhaltung der Macht notwendig ist, reicht nicht aus. Vielmehr gilt es, den diskursiven Charakter der scheinbaren Unmittelbarkeit des Subjekts zu entlarven und hierfür schon die Herrschaftsgeschichte dieses durch repressive Selbstgewinnung produzierten "Ich" nachzuzeichnen. Andererseits ist die bestehende Gesellschaft nicht umzustürzen, ohne sich auf einen Wert zu beziehen, vor dessen Hintergrund sie der Kritik verfällt: Ist erst das Subjekt abhanden gekommen, ist der Zweck gesellschaftsverändernder Praxis nicht einzusehen. Wie kann das emphatisch mit aufklärerischen Attributen versehene Subjekt gegen Herrschaft in Anschlag gebracht werden? Oder stellen Souveränität und personale Integrität selbst nur perfide Herrschaftstechniken dar? So soll unter Betrachtung dieser beiden subjekttheoretischen Pole die Erkenntnis reifen, dass Identität als notwendiges strategisches Provisorium einer radikaldemokratischen Kultur reflektiert zu verteidigen ist.

Um zu untersuchen, wie sich aktuelle Herrschaftsverhältnisse subjektivieren, findet vom 9.-11. Februar in Frankfurt eine Tagung zu Ideologieproduktion und Subjektkonstitution statt. Um das Problem der Subjektivität und des falschen Bewusstseins theoretisch einzukreisen, erscheinen vor allem marxistische, poststrukturalistische und kritische Überlegungen interessant. Diese theoretischen Strömungen repräsentieren ferner unterschiedliche politische Spektren, die sonst relativ selten Dialog und Streit suchen - wir wollen versuchen, dieses eisige Schweigen zu brechen. Alle, die sich aus politischer oder theoretischer Perspektive für das Problem der Subjektivität interessieren, sind herzlich eingeladen!

AStA der Uni Frankfurt *in Zusammenarbeit mit dem AStA der FH Düsseldorf, AG für gewerkschaftliche Fragen Marburg, Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen, Fachschaftsrat Gesellschaftswissenschaften an der Uni Frankfurt, FAUST, JungdemokratInnen/Junge Linke Bundesverband und Landesverbände Hessen und NRW, Rosa Luxemburg Bundesstiftung (Stand 7.12)*

www.verblendungszusammenhang.de

Reiseprogramm 2001

16. - 27.02.2001: Mazedonien
Thema: Nach dem Krieg ist vor dem Krieg

30.03. - 12.04. 2001: Russland - Moskau
Thema: Wie funktioniert eigentlich Russland oder "Der Rote Platz ist gar nicht rot."

4.-11.04.2001: Frankreich
Thema: Vivent ... les réformes radicales?

10 Tage im April 2001 (um Ostern): USA - Washington D.C.
Thema: Politische Öffentlichkeitsarbeit in den USA

7 Tage um Ostern 2001: Österreich
Thema: Braun werden in Österreich

15. - 22.07. 2001: Tschechien - Prag
Thema: Tschechien politisch erfahren

5.-15.08. 2001: Peru
Thema: Staats-Terrorismus

6. bis 19.08. 2001: USA - New York
Thema: We the people - Rassismen einer Einwanderungsgesellschaft

20.08. - 27.08.2000: Finnland
Thema: Sozialstaatsabbau! Mehr als nur Rentiere und Seen in Finnland

August 2001: Türkei
Thema: 2000 Jahre Christentum - Verhältnis von Staat und Religion am Beispiel der Türkei

August 2001: Israel - Tel Aviv und Jerusalem
Thema: Peace Politics?

1.-10. 09 2001: Großbritannien
Thema: EU matters! - Europäische Innenpolitik

16. - 28. 09 2001: USA - New York City
Thema: Reclaim the City! - Hinter den Fassaden des Booms ...

30.09. - 14.10.2001: Südafrika - Kapstadt und Durban
Thema: "Südafrika vom Apartheidstaat zur Rainbow Nation"

01. - 12. 10. 2001: USA - Los Angeles
Thema: Gegenbewegungen in der Stadt ohne Zentrum

29.12.2001 -02.01.2002: Ungarn
Thema: Nach Budapest? Immer rechts halten!

Weitere Infos zu den einzelnen Reisen bekommt Ihr in der Bundesgeschäftsstelle der JD/JL. Die Fahrten sind in der Regel auch für SchülerInnen und StudentInnen erschwinglich.

Infos und Anmeldung:

JungdemokratInnen - Junge Linke
c/o Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel.: 030-440 248 - 64, Fax: 66
jdjlbgs@gmx.de, www.jd-jl.de

www.schlagloch.de

SCHLAGLOCH wird herausgegeben vom Landesvorstand der JungdemokratInnen/Junge Linke NRW
Redaktion: Flo Becker (ViSdP), Dörte Gutschow, Layout: Felix Langhammer | kulturrevolution.de/sign
Kontakt: Schlagloch c/o JungdemokratInnen/Junge Linke NRW, Kieler Str. 29c, 42107 Wuppertal
Tel.: 0202/4938354, Fax: 0202/451123, e-mail: info@jungdemokratinnen.de
Auflage: 10.000 Stück. Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/98
Namentlich gekennzeichnete Artikel stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.
Schlagloch kostet im Abonnement 6 DM für vier Ausgaben (Hei super billig!).
Für Mitglieder der jd-jl ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.
Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Berufsdemonstrantinnen aufgepasst:

Nazis zu Flugschaben!

10.2.: Naziaufmarsch in Hagen? Nix da!

**Der Hamburger Neonazi Christian Worch hat mal wieder einen Aufmarsch angemeldet.
Zeigen wir ihnen, wo der Hammer hängt!**

Treffpunkt:
10 Uhr, Hagen Hbf.

**Weitere Infos: Antifa-Hagen@gmx.de
oder www.jungdemokratinnen.de/aktuell**

...und wer sind nun die

jungdemokratInnen - junge linke?

JungdemokratInnen - Junge Linke sind ein parteiunabhängiger Jugendverband , in dem Jugendliche selbstbestimmt Politik machen. Ob in der Bildungs- oder Drogenpolitik, in der Asyl- oder Sozialpolitik, wir treten für die Selbstbestimmung aller Menschen ein. Das bedeutet für uns die radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche, denn Familie, Schule, Wirtschaft... sind demokratiefreie Zonen.
Aber auch Themen wie Antifa, Feminismus oder Ökolgie spielen bei uns eine wichtige Rolle. Dabei wir keine Linie vorgegeben, sondern die politische Arbeit wird vor Ort in in Gruppen oder Arbeitskreisen gestaltet. So gibt es auch keine feste Ausrichtung, sondern wir bewegen uns in einem weiten Spektrum von grünalternativen über sozialistischen bis hin zu autonomen oder anarchistischen Kreisen.
Wir streiten uns leidenschaftliche gerne mit anderen und uns selbst um das bessere Argument und geben zu diesem Zweck nicht nur diese Zeitschrift heraus,sondern bieten auch Seminare und Materialien zu spannenden Themen an und machen viele Aktionen und Veranstaltungen direkt vor Ort!

infoschnipsel

@ Schickt mir mal gratis ein Paket mit Euren Infos!

@ Schickt mir regelmäßig gratis eure Zeitungen "Schlagloch" und "Tendenz" zu!

@ Nehmt mich in Euren eMail-Verteiler auf!

@ Schluß mit Lustig: Ich will aktiv werden!

@ Sagt mir mal, wo's die nächste funky Gruppe von Euch in meiner Nähe gibt!

@ Keine halben Sachen mehr: Ich will Mitglied der JD/JL werden!

name:

Straße:

Wohnort:

tel/**f**ax/**e**mail:

alter/**b**eruf:

ausfüllen, abkauen und ab die Post an:
jungdemokratInnen-junge linke nrw, kieler str. 29c, 42107 wuppertal, fax: 0202-451123